

Inserate werden angenommen... in Posen bei der Expedition...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen... in den Städten der Provinz...

Ar. 134

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal...

Dienstag, 23. Februar.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspaltel oder deren Raum...

1892

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 22. Februar, 11 Uhr.

Die zweite Berathung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt...

Bei dem Titel „Erschleifungen“ berichtet Referent Abg. v. Tiedemann-Bomst...

Bei dem Titel „Unterhaltung der Betriebsmittel“ flagt Abg. Olzem...

Eisenbahnminister Thielen erklärt, daß kein Bedürfnis für eine besondere Schnellzugverbindung Köln-Strasbourg vorliegt...

Abg. Broemel (dfr.) bringt die Frage der Kohlenpreise wieder zur Sprache...

Abg. Knebel (nail.) schließt sich dem Abg. Olzem an und hält eine direkte Verbindung zwischen Köln-Strasbourg im politischen Interesse für vorthellhaft...

Eisenbahnminister Thielen: Wir haben im laufenden Jahre höhere Preise gewahren müssen, als sie im Etat angelegt waren...

Abg. Sander (nl.) wünscht den Bau eines neuen Speliseales im Bahnhof zu Hildesheim.

Abg. v. Gynern glaubt, daß es viel vorthellhafter sein würde, in dem Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und dem Rhein Restaurationswagen zu führen...

Abg. Broemel: Die Staatsbahnverwaltung, als der größte Kohlenkonsument, nimmt eine Stellung ein...

Preis, den sie den französischen Industriellen stellten, den deutschen Industriellen das Leben erschwerten...

Eisenbahnminister Thielen entgegnet, daß er den Werth der Kohlenringe nur für die Sturm- und Drangperiode des vorigen Jahres hervorgehoben habe...

Abg. v. Gynern meint, daß man die Frage der Preisbewegung nicht allgemein, sondern für jeden einzelnen Fall besonders beantworten müsse...

Abg. Broemel erwidert, daß Herr v. Stumm doch wohl ein Mann sei, der in der Praxis stehe und die Sache kenne.

Abg. Burghard (Lauban, ntl.) wünscht Erhöhung der Tragfähigkeit der Güterwagen.

Abg. Broemel fragt, ob die geplante Neueintheilung der Züge in Luxus-, Schnell- und Personenzüge Tarifänderungen zur Folge haben werde.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Tit. „Eisenbahnkommissariat zu Berlin“ bringt Abg. Dr. Sattler (nl.) Beschwerden über den Fahrplan...

Geb. Rath Ulrich erwidert, daß der mangelhafte Verkehr eine Vermehrung der Züge auf dieser Bahn nicht angezeigt erscheinen lasse.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Bei den „einmaligen Ausgaben“ befragt Abg. Dr. Gerlich (frk.), daß der Ausbau der Bahnstrecken viel zu spät im Jahre, oft erst im Winter beginne.

Minister Thielen erwidert, daß die Staatsbahnverwaltung erst dann mit dem Bau vorgehen könne, wenn die verfassungsmäßig erforderliche Geldbewilligung von allen Instanzen erfolgt sei.

Abg. Freiherr v. Viettenberg (ton.) verlangt einen Ausbau des Bahnhofes zu Meiderich.

Minister Thielen erwidert, daß bereits ein Projekt ausgearbeitet sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Barth erklärt Minister Thielen, daß die Vorarbeiten für den Ausbau der Bahnstrecke Zeitz-Camburg noch nicht beendet seien.

Abg. Cremer (wiltbton.) bemängelt, daß Schöneberg bei Berlin keinen bequemen Anschluß an die Wanneseebahn hat...

Geb. Rath Ulrich erwidert, daß die Frage wegen eines neuen Bahnhofes in Schöneberg nochmals erwogen werden wird...

Das Extraordinarium wird bewilligt.

Damit ist die zweite Berathung des Eisenbahnetats erledigt. Zu dem sodann zur Berathung stehenden Berichte über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung für 1890/91 schlägt die Kommission folgende Resolution zur Annahme vor...

Abg. Galberstadt (dfr.): Man könnte sparsamer bauen, wenn man schneller bauen würde. Bei den Bahnen Kammin-Polnow, Hirschberg-Petersdorf ist der Bau viel zu langsam gewesen...

Die Resolution wird angenommen und der Bericht durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Etat der Bauverwaltung).

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 22. Febr. Ueber den Herrenabend beim Finanzminister Miquel sind nur ganz spärliche Nachrichten an die Öffentlichkeit gedrungen...

Diners, die Graf Caprivi gab, sind die Anwesenden in entsprechender, selbstverständlich die vornehmsten Formen wahrer Weise bedeutet worden...

Kundgebungen gegen das Volksschulgesetz haben erlassen:

Der Brandenburgerische und Bommersche Städtetag, der deutsch-freisinnige Parteitag für Schleswig-Holstein, auf dem Abg. Haenel sprach...

Stuttgart, 21. Febr. Die heutige Landesversammlung der national-liberalen Partei Württembergs nahm nach fünfständiger Berathung das bereits mitgetheilte Programm durch Mehrheitsbeschluß in allen wesentlichen Punkten an...

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 22. Febr. Der Entwurf des deutschen Spionengesetzes oder, wie dasselbe offiziell heißt, des Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse ist dem Reichstage soeben zugegangen...

vorgeschlagene Bestimmung soll demnach jeden treffen, der vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntniss eines Anderen gelangen lässt, wenn er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des Reichs gefährdet wird. Die Strafdrohung — Zuchthaus nicht unter 2 Jahren — bleibt bestehen; daneben kann, da das Verbrechen meist in eigennütziger Absicht begangen wird, auf Geldstrafe bis 1500 M. erkannt werden. Mildernde Umstände sind ausgeschlossen. Ferner soll auch die Spionage an sich unter Strafe gestellt werden ohne Rücksicht auf Zwecke oder Erfolg. Steht der landesverrätherische Zweck der Spionage fest, so wird die Strafe von Gefängnis von 1 Monat bis 3 Jahre oder Festungshaft von gleicher Dauer auf Zuchthaus bis 10 Jahre und Geldstrafe bis 10000 M. erhöht. Für die Presse, insbesondere die militärischen Schriftsteller von Interesse ist der § 7 der Vorlage. Danach wird, wer aus Fahrlässigkeit Gegenstände oder Nachrichten der oben bezeichneten Art, die ihm kraft seines Amtes, Berufs, Gewerbes oder eines besonderen Auftrags anvertraut oder zugänglich sind, in einer die Sicherheit des Reichs gefährdenden Weise in den Besitz oder zur Kenntniss eines Anderen gelangen läßt, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 3 Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 3000 M. erkannt werden. Wer Verbrechen dieser Art den Behörden anzuzeigen unterläßt, ist mit Gefängnis zu bestrafen. Endlich erhalten die §§ 87—90 des Strafgesetzbuchs eine verschärfte Fassung, indem mildernde Umstände oder im Falle des § 89 Festungshaft anstatt Zuchthaus ausgeschlossen werden. Die Entscheidung über Anlagen wegen Verraths militärischer Geheimnisse oder Spionage mit landesverrätherischer Absicht entscheidet in erster und letzter Instanz das Reichsgericht.

Berlin, 22. Febr. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über den Belagerungsstand in Elsaß-Lothringen zugegangen, welcher in der Hauptsache dem bereits für das obige Reichsgebiet geltenden preussischen Gesetz vom 4. Juni 1851 entspricht. Der Erlaß eines allgemeinen Reichsgesetzes über den Belagerungsstand auf Grund des Artikels 68 der Verfassung bleibt vorbehalten.

Berlin, 22. Febr. Abg. Rödert brachte am Montag in der Budgetkommission beim Etat des Auswärtigen Amtes die Ausweisung des Berichterstatters des „Berl. Tagebl.“ Eugen Wolff aus Ostafrika zur Sprache, die er als keine glückliche Maßregel bezeichnet. Geh. Leg.-Rath Kayser suchte die Ausweisung mit der Agitation Wolffs gegen den Gouverneur v. Soden zu rechtfertigen; die Zulässigkeit der von dem Reichsfiskus angeordneten Maßregel sei von den Rechtslehrern Meyer und v. Stengel anerkannt. Abg. Hammacher bezweifelte nicht die Rechtmäßigkeit, wohl aber die Zweckmäßigkeit der Maßregel, während die Abg. Rödert und Groeber (Zentr.) auch die Rechtmäßigkeit bezweifelten. Selbst der konservative Abg. v. Massow (man muß dergleichen bei konservativen Abgeordneten bezeichnender Weise stets als etwas Besonderes hervorheben! — D. Red.) hielt die Ausweisungsbefugnis nicht für so unbedingt sicher. Die Abg. Hahn (konf.) und Graf Behr (freik.) billigen dagegen, wie selbstverständlich, die Maßregel. Die Forderung von 500 000 M. für geheime Ausgaben (bisher 48 000 M.) wurde nach längerer Diskussion mit 16 gegen 6 Stimmen Richter, Barth, Hugo Hermes (fr.), Krebs, Sperlich (Zentr.) und ein Sozialdemokrat bewilligt. Abg. Rödert erklärte sich bereit, den Fonds zu bewilligen, machte aber sein endgültiges Votum von der Preisgabe des Welkenfunds abhängig. Staatssekretär v. Marschall konstatierte, daß aus dem Fonds Ausgaben für die inländische Presse nicht gemacht würden; die Zeitungen seien mit Nachrichten zufrieden. Auch für „Pol. Korresp.“ und Wolffs Telegraph. Bureau sei nichts ausgegeben worden. Für Ostafrika wird das verlangte Pauschquantum von 2 1/2 Mill. M. gegen die Stimmen der Freisinnigen bewilligt. Für das System Soden traten Dr. Hammacher und Dr. Barth ein. Geh. Rath Kayser wußte nicht zu sagen, ob der Antrag, als Reichskommissar zu fungieren, Emin Pascha vor dem Verlassen der deutschen Interessensphäre zugegangen sei. Das Dampfer-Unternehmen Wilmanns bezeichnete er als augenblicklich gescheitert.

Militärisches.

— Versuche mit dem Sims-Edisonischen Torpedo in England. In der Stofes-Bai bei Portsmouth fanden kürzlich Versuche mit dem Sims-Edison'schen Torpedo statt. Auf Einladung der European Sims-Edison Electrical Torpedo Company wohnten den Versuchen die Marineattachés Italiens, Oesterreichs, Deutschlands (Kapitän Holenclaver), Frankreichs, Russlands, Spaniens, der Vereinigten Staaten und Chiles und eine Anzahl englischer und fremdländischer Offiziere bei. Zweck der Versuche war vor Allem, zu zeigen, daß ein Torpedo von einem in voller Fahrt befindlichen Schiffe aus in die See herabgelassen werden könne und der Wirkungsbereich des Torpedos sich auf 1/4 englische Meilen erstrecke. Die Versuche gelangen vollkommen. Der Torpedo entwickelte eine Geschwindigkeit von 19 Knoten, eine außerordentliche Leistung für einen Torpedo, der schon mehrere Jahre im Gebrauch gewesen ist. Die anwesenden Fachleute waren der Meinung, daß dem elektrischen Torpedo noch eine große Zukunft bevorstehe und er sich nicht nur im Kriege, sondern auch zum Treiben von Rettungsbooten verwenden lasse. Der bei den in Rede stehenden Versuchen verwendete Torpedo ist 4 Jahre alt und wurde seiner Zeit für die Vereinigten Staaten hergestellt. Seitdem ist er sehr verbessert worden, so daß jetzt eine Geschwindigkeit von 21 Knoten erzielt ist und er 2 englische Meilen weit läuft. Das erforderliche Kabel ist im Innern des Torpedos ausgelegt. Eine große Anzahl dieser verbesserten Apparate ist gegenwärtig in der Herstellung begriffen. Der Vortheil der Sims-Edison'schen Torpedos über die anderer Gesellschaften besteht namentlich darin, daß von einer Station, die eine halbe englische Meile landeinwärts liegt, sich 12 an der Küste stationierte Torpedos leiten lassen. Der Feind kann niemals wissen, wo die Torpedos sich befinden, da ihre Lage beständig verändert werden kann. Die Versuche haben klar gestellt, auf wie große Entfernungen man die Elektrizität auch als Treibmittel im Wasser benutzen kann. Auf dem Lande sind natürlich die elektrischen Torpedos erst recht verwendbar.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin, 22. Febr.** [Prozess Ahlwardt. Schluß.] Bei der heutigen Wiederaufnahme der Verhandlungen im Prozess Ahlwardt eröffnete Landgerichtsdirektor Brausewetter die Sitzung 9 1/2 Uhr mit der Verlesung des Protokolls über die kommissarische Vernehmung des erkrankten Zeugen Musiklehrers Bander. Dieser hat eidlich bestritten, daß Bittl ihm jemals gegenüber geäußert, die Schuldeputation würde ihm dankbar sein, wenn er durch sein Zeugnis den Rektor Ahlwardt hineinlegte. Er bestritt auch, dem Bittl eine dahin gehende Mittheilung gemacht zu haben, und erinnert sich nur, daß Bittl ihn einmal vor dem Umgang mit dem Angeklagten gewarnt habe. Im weiteren Verlaufe des Verhörs überreicht der Angeklagte eine Anzahl Drucksachen, um zu beweisen, daß fortschrittliche Rektoren unbeanstandet politische Agitation betreiben können, daß es aber einem hochkonservativen Rektor Bedenken so ergangen sei, wie ihm. Justizrath Horwiz: Er sei vom Oberbürgermeister ausdrücklich aufgefordert worden, ersichtlich den Magistrat dagegen zu verwahren, als ob er zugebe, daß er in der-

artigen von dem Angeklagten kühn behaupteten Fällen der Kompetenz des Gerichtshofes unterstehe. Der Magistrat habe bereitwillig alle Akten, die über die angezogenen Fälle zur Verfügung standen, dem Gerichtshof zugestellt, auf ein Wehr würde er sich nicht einlassen. Die städtischen Behörden seien nur eine Delegation der allgemeinen Staatsverwaltung und unterstehen ebenso wie die Organe der letzteren der Kontrolle und der Untersuchung der vorgelegten Organe. Dort werde die städtische Behörde jederzeit bereit sein, verantwortliche Aussagen zu machen, hier aber nicht. Wenn das so weiter fortgehe, daß der Angeklagte ganz willkürlich konstruirte Fälle als Mittel zu unerhörten Angriffen gegen die städtische Verwaltung benutzen dürfe, dann finde eine Verschiebung der Parteien statt, und der Angeklagte lebe sich immer mehr in den Wahn hinein, als ob er der Ankläger und der Magistrat derjenige sei, der sich zu verantworten habe. Wenn in dieser Weise die Beweiserhebung fortgesetzt würde, könnte er sich daran nicht beteiligen. Der Fall Beden sei von dem Angeklagten wieder ganz willkürlich konstruirt, denn es müßte demselben bekannt sein, daß gerade dem Rektor Beden gegenüber die Schulverwaltung mit einer sehr lobenswerthen Unparteilichkeit verfahren sei und denselben im Amt belassen habe. Landgerichtsdirektor Brausewetter: Ich glaube doch, daß der Vertreter des Nebenklägers nicht einen richtigen Standpunkt einnimmt. Die Stadt hat den Strafantrag gestellt. Alle die Gegenstände, welche hier zur Sprache gekommen sind, sind auch in der Voruntersuchung erörtert worden. Wir sind verpflichtet, dem Angeklagten das Recht, den Beweis der Wahrheit anzutreten, nach seiner Richtung hin zu verflümmern, und ein etwaiger Protest des Magistrats kann auf den Gerichtshof von keinem Einflusse sein. Bei dergleichen Prozessen, wie der vorliegende wird es immer so gehen, daß der Angeklagte neue Beweisanträge stellt und wenn der Gerichtshof dieselben für wesentlich hält, ist er verpflichtet, denselben stattzugeben. Dies geschieht auch in jedem anderen Beleidigungsprozeß, wo es sich um Beleidigungen von Staatsbehörden handelt.

Der Staatsanwalt beantragt, den Zeugen Schmidt darüber zu befragen, ob die Behauptung des Angeklagten, daß Schmidt als Agent des Magistrats von ungenehmen Schiebungen zu Gunsten der Juden bei Grundstückskäufen wisse, auf Wahrheit beruhe. Der Zeuge Schmidt erklärt zunächst, daß er gar nicht Agent des Magistrats sei. Er habe nie direkten Auftrag erhalten. Wenn er aus den öffentlichen Ausschreibungen erziehe, daß die Stadt für irgend einen Zweck, zu einem Schmuckplatz, einer Markthalle oder dergl. ein Grundstück brauche, so suche er ein solches aus und biete es dem Magistrat an. Der Angeklagte behauptet, daß der Zeuge Schmidt erzählt habe, bei der Markthalle für den Osten und an anderen Stellen seien ihm die Grundstücke von den Juden weggekapert worden. Zeuge Schmidt: Das ist gänzlich unwar! Als der Angeklagte in meiner Wohnung war und aus mir in Sachen Vincuslohn eine ihm günstige Aussage heraushaben wollte, habe ich ihm gleich gesagt, daß ich nichts auszusagen kann. Angekl.: Als ich Sie besuchte, handelte es sich um die Grundstücke für die Markthalle im Osten, und da haben Sie sich allerdings geweigert, sich hier vor Gericht vernehmen zu lassen, da Sie bei dem Magistrat Ihr Brot hätten. Zeuge: Das ist eine grobe Unwahrheit. Ich habe Sie vielmehr aufgefordert, schleunigst mein Zimmer zu verlassen. Angekl.: Dann verzichte ich auf weitere Erhebungen nach dieser Richtung hin.

Es ergreift alsdann das Wort der Staatsanwalt von Rheinbaben: Der Angeklagte habe seiner Broschüre das Motto vorgestellt: „Greif nicht leicht in ein Wespennest, doch wenn Du greiffst, dann greiffe fest!“ Der Angeklagte habe allerdings einen groben Griff gethan, aber keinen festen, denn zur Festigkeit gehöre vor allen Dingen die Wahrheit, und daran habe es der Angeklagte fehlen lassen. Die Verhandlungen hätten die Strafthaten, wie sie die Anklage aufführt, in vollem Umfang erwiesen, zunächst, daß der Angeklagte über seine Lehrer gröbliche Beleidigungen in der Absicht verbreitet habe, um dieselben verächtlich zu machen. Möge man es nun als unschön betrachten, daß die Lehrer heimlich eine Liste im Konferenzzimmer durchsehen, so viel müsse man doch zugeben, daß nach dem eidlichen Zeugnis des Lehrers Berner und nach dem Verhalten des Angeklagten zu den Beleidigungen desselben der Angeklagte in Bezug auf die Weihnachtsfeier ein ganz gutes und reines Gewissen nicht gehabt zu haben scheint. Nehme man hinzu, daß es schon an und für sich nicht schön ist, wenn ein arg verschuldeter Rektor solche Sammlungen veranstaltet und daß der Angeklagte dem Lehrer Klopstsch zweifellos einmal thatächlich Gehalt unterschlagen hat, so siehe der Angeklagte durchaus nicht ohne weiteres außerhalb eines gewissen Verdachts, zumal die Lehrer thatächlich eine Liste mit einer höheren Summe gesehen zu haben behaupten. Auf keinen Fall sei erwiesen oder auch nur anzunehmen, daß die Lehrer wider besseres Wissen denunziert haben, und wenn der Angeklagte dies behauptet, dann beleidige er dieselben schwer. Gröbliche Beleidigungen richte derselbe ferner gegen den Lehrer Berner und den Rektor Fiech, sodann namentlich gegen seinen Vorgesetzten Dr. Zwick, welchen er eines schmächtlichen Komplotts gegen ihn in so unerhörter Weise beschuldige, daß man zu Gunsten des Angeklagten doch beinahe fragen möchte, ob sich derselbe nicht in einer hochgradigen Aufregung befunden habe, welche eine Verminderung seiner Zurechnungsfähigkeit im Gefolge gehabt habe. Auch die Lehrer Klopstsch und Währing seien schwer beleidigt und der Fall mit dem Dr. Freudenberg zeige recht deutlich, in wie leichtsinniger und gewissenloser Weise der Angeklagte ganz unbegründete und vom Hörensagen erhaltene Gerüchte als positive Thatsachen aufstellte, welche für die Ehre des Einzelnen von unberechenbarer Tragweite sein könnten. Der Angeklagte könnte sich nicht mit der frivolsten Behauptung herausheben, als ob er die unwahre Thatsache für wahr habe halten müssen, weil Dr. Freudenberg keinen Strafantrag gegen ihn gestellt habe. Viele Leute würden wohl gerade mit Rücksicht auf die ganze Persönlichkeit des Angeklagten von einem Strafantrage Abstand nehmen und wenn Jemand durch solche dreisten Behauptungen, die er auf die Autorität eines Barbiers hin in alle Welt hinausposaune, zur Stellung eines Strafantrages zwingen wolle, so würde dies doch eine Knechtung des freien Willens der Mitmenschen sein, weit schlimmer als diejenige, über die sich der Angeklagte selbst beschwerte. Die schwersten Beleidigungen seien diejenigen, die der Angeklagte gegen die Stadtbehörden schleudere. Man könne diese Beleidigungen zum großen Theil nur mit einem Lächeln begleiten und sich über die bodenlose Unkenntnis des Angeklagten mit den geltenden Einrichtungen wundern. Thatsächlich beweiße der Angeklagte auch hier einen auffälligen Mangel an Ueberlegung und eine Ungeschicklichkeit für den Kampf, den er sich vorgenommen habe, zu führen. Dem Angeklagten sei in der Voruntersuchung reichlich Gelegenheit gegeben, Beweise für seine ungeheuerlichen Behauptungen zu erbringen; aus den Beweisen, die er nun zusammengetragen, ersehe man recht deutlich, wohin er eigentlich mit seinen Behauptungen strebe: er wolle klar machen, daß mit Hilfe eines Bruches des Amtsgeheimnisses die Juden bei unserer fortschrittlichen Stadtverwaltung oft in die Lage kommen, städtische Gelder bei Seite stecken zu lassen. Keine Spur sei von den Beleidigungen, die er aufgestellt, erwiesen worden, auch nicht durch Herrn Dopp, der ja doch immerhin eine gewisse Antipathie gegen die städtische Verwaltung bekundet habe, noch weniger durch den Agenten Schmidt, dessen Aussage vielmehr den Angeklagten einigermaßen kompromittirte, denn es habe fast den Anschein, als ob der Angeklagte versucht habe mit nicht ganz lauterem Mittel auf das Zeugnis dieses Zeu-

gen einzuwirken. In keinem Falle sei erwiesen, daß auch nur ein Schatten auf die Schuldeputation fielen, als ob sie sich von politischen Gesichtspunkten und nicht von pflichtgemäßem Handeln leiten lasse. Der Angeklagte sei vollständig den Beweis schuldig geblieben, daß die Schuldeputation nicht nach Recht und Gerechtigkeit gehandelt habe; es zeige sich vielmehr überall bei dem Angeklagten eine solche gereizte Stimmung, daß sich in seinem Gehirn ein wunderbares Gewir von Thatsachen und Urtheilen festgesetzt habe. Nichts sei auch davon erwiesen, daß politischer Terrorismus in der Stadtverwaltung herrsche. Die „schauerlichen Enthüllungen“, welche Herr Dopp über die angebliche Korruption machen sollte, haben sich als in der Weinlaune gemachte Mittheilungen eines Stadtverordneten ergeben, und auch die Angelegenheit des Dr. Hermes könne dem Angeklagten nicht als Beweismittel dienen. Herr Dr. Hermes habe es als taktlos bezeichnet, wenn er es unternehmen würde, mit Lehrern und Rektoren Gespräche über die Abstammung des Hellandes zu führen. Bei näherem Nachdenken würde er vielleicht zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Bezeichnung vielleicht auch darauf passen würde, wenn ein Mitglied der Schuldeputation, noch dazu ein Dissident, solche Gespräche mit Lehrern aus dem höheren Schulwesen führt. So bedauerlich also dieser einzelne Fall sei, so werde dadurch in keiner Weise das allgemeine beleidigende Urtheil des Angeklagten erwiesen. In rechtlicher Beziehung beantragte der Staatsanwalt, dem Angeklagten für den Inhalt seines Machwerkes den Schutz des § 193 zu versetzen, überall, den Angeklagten der Beleidigung auf Grund nicht erweislich wahrer Thatsachen für schuldig zu erklären, im Uebrigen aber nur eine einheitliche Handlung anzunehmen. Der Angeklagte scheine sich der Schwere der Beleidigungen gegen seine direkt vorgelegte Behörde nicht bewußt gewesen zu sein, andernfalls wäre keine Strafe hoch genug für ihn. Man müsse aber darauf Rücksicht nehmen, daß der Angeklagte bei der Abfassung dieses Buches noch Beamter des Magistrats gemein sei und eine ungeheure Dreistigkeit dazu gehöre, auf Grund unverbürgter Gerüchte solche Beschuldigungen gegen eine Behörde zu schleudern und leichtfertig und frivol beinahe wissenschaftlich falsche Behauptungen aufzustellen, daß ferner der Angeklagte nicht im augenblicklichen Affekt, sondern in Bort für Wort überlegter Weise gehandelt habe. Der Angeklagte habe die Broschüre so geschrieben, daß sie für die Leser einen Stachel darbieten und ihm auch finanzielle Vortheile bringen würde, und deshalb falle sein Machwerk unter das Kapitel der gewerbsmäßigen Ehrabschneiderei. Der Angeklagte, als Jugendbildner und Erzieher, hätte ganz besonders danach streben müssen, den Kindern ein Vorbild zu sein, statt dessen habe er das vierte und achte Gebot planmäßig überschritten und in seinem Buche „Astereden und bösen Leumund“ besonders lustern ausgestreut. Mit Rücksicht auf die schwere Gefährdung der Autorität seiner vorgelegten Behörde und der Bedrohung des öffentlichen Friedens, deren sich der Angeklagte schuldig gemacht, beantrage er ein Jahr Gefängnis, Befugnis der Urtheilsveröffentlichung und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen.

Justizrath Dr. Horwiz bittet zu beachten, daß es sich hier um ein Gemeinwesen handle, welches den vierten Theil der gesamten Einkommensteuer des Staates aufbringe und daß eine Anfeindung der Integrität dieser Verwaltung und ihrer Organe geeignet sei, die Autorität der Obrigkeit herabzusetzen. Es handle sich hier um ein Analogon zu den Beleidigungen von Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen. Er, Redner, verwahrt sich dagegen, daß der Mann, der in seinem Buche 100fach unwahre Beschuldigungen, Verleumdungen und Beschimpfungen austreue, etwa als gleichwerthig erachtet werde mit den Personen, welche hier unter ihrem Eide aus ihrer Amtstellung heraus ihre von ihm abweichenden Aussagen gemacht haben. Wenn nun auch die Erklärung des Dr. Hermes vielleicht auf den Gerichtshof keinen günstigen Eindruck gemacht haben sollte, so habe doch die Schuldeputation mit dieser konfessionellen Gesinnung eines einzelnen Mitgliedes nichts zu thun. Bei der Würdigung der einzelnen Momente der Beweisaufnahme und Widerlegung der verchiedenen Behauptungen des Angeklagten kommt der Vertreter des Nebenklägers zu der Ueberzeugung, daß hier von einer plötzlichen Erregung des Angeklagten gar keine Rede sein könne. Dem Magistrat komme es nicht so sehr auf das Strafmaß an, sondern darauf, die Behauptungen des Angeklagten gerichtlich als das zu kennzeichnen, was sie sind nämlich als grundlose Verleumdungen. In keinem einzigen Falle sei es dem Angeklagten gelungen, einen Beweis für seine Behauptungen zu erbringen, und er müsse deshalb im Namen des Magistrats den Strafantrag aufrecht erhalten. Gleichzeitig beantrage er die Publikation auch in der „Staatsb. Ztg.“ zu verfügen und gebe anheim, ob vielleicht in diesem Falle davon Gebrauch gemacht werde, nicht nur den Tenor des Erkenntnisses, sondern das gesammte Erkenntnis zu publizieren.

Dem Rechtsanwält Stadthagen als Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Dr. Freudenberg liegt gar nichts an dem Strafmaß, er bittet nur um die Publikationsbefugnis.

Verteidiger Rechtsanwält Schwind behauptet, daß die Lehrer garnicht in der Ausführung ihres Amtes beleidigt worden seien. Schwerer wiegen die Behauptungen des Angeklagten in Bezug auf die Mißstände in unserer städtischen Verwaltung. Er weisen lassen sich solche Behauptungen niemals ganz, aber man werde es dem Angeklagten doch zugeben müssen, daß es ihm gelungen sei, für viele seiner Behauptungen das Gefühl der Wahrscheinlichkeit zu erwecken. Er gebe zu, daß, wie dies ja in der Natur der Sache liege, in einzelnen Fällen der Angeklagte seine Behauptungen nicht bis zum letzten Tüpfelchen habe erweisen können, daß er sich bisweilen auch im Ausdruck vergreifen habe, soviel gehe aber doch aus der ganzen Verhandlung hervor, daß es dem Angeklagten nur darauf angekommen sei, klar zu machen, daß „etwas faul sei im Staate Dänemark“ und den maßgebenden Persönlichkeiten ein „videant consules“ zuzurufen. Er bitte die große Erregung des Angeklagten und seine bisherigen Unbescholtenheit mildernd in Betracht zu ziehen.

Justizrath Dr. Horwiz bestrittet diese Ausführungen nochmals mit aller Entschiedenheit, daß auch nur ein Jota von den Beschuldigungen des Angeklagten erwiesen sei.

Der Angeklagte, welcher schließlich das Wort ergreift, giebt zu, daß er bei Abfassung des Buches sehr erregt war, bestrittet aber jeden Mangel an Zurechnungsfähigkeit. Er sei erregt gewesen, daß unser Vaterland der Judennechtigkeit verfallen und daß die Juden die unteren Stände korrumpirt, die mittleren ruinirt und die Oberen dupirt hätten. Er habe sich den Schwur geleistet, mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften gegen das Ueberwuchern des Judenthums zu kämpfen. Er habe geglaubt, daß, wenn alle die Leute, welche als Zeugen vorgeladen waren, auch seine Todfeinde seien, dieselben doch unter der Wucht des deutschen Eides die Wahrheit sagen würden. Dieses Vertrauen sei der große Kardinalfehler, welchem er sich hingegeben und dadurch sei es gekommen, daß er nun von den Zeugen im Stiche gelassen worden. Er bestrittet, daß er materiellen Nutzen mit seinem Buche verfolgt habe und könne sich darauf berufen, daß das Banthaus Pariser ihm ganz gewaltige Summen für eine Zurückziehung des Buches geboten habe. Er habe nur seinem Vaterlande dienen wollen und danach bitte er ihn zu beurtheilen.

Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis, den Beleidigten wird die Publikationsbefugnis in der Zeitung „Die Post“ zugesprochen und auf Unbrauchbarmachung der infrimirteten Stellen erkannt.

Vermischtes.

Ueber die Bevölkerung der Pariser Universität giebt der „Temps“ eine Statistik. Es erhellt daraus, daß letztere im Schuljahr 1890/91 von 10 518 Studenten, d. i. 344 mehr als im Vorjahre, besucht worden ist. Die größte Zahl der Schüler umfaßt die medizinische Fakultät, nämlich 4074. Ihr folgte die Rechtswissenschaft mit 3091. Der Philologie (lettres) beflissen sich 1091, der protestantischen Theologie etwa 50, der exakten Wissenschaft 668 Schüler. Die Apothekerschule endlich zählte 1560 Schüler. Ein beträchtlicher Theil der Studenten sind Fremde: 1142 (gegen 1086 im Vorjahre). Auch unter ihnen bilden die Mediziner die Mehrzahl, 809, ein Fünftel der französischen Kommilitonen. Der „Temps“ bemerkt hierzu, daß dies Verhältnis ein bedauerliches sei, da die fremden jungen Ärzte sich häufig in Frankreich niederlassen und, weil sie vom Militärdienst befreit wären, den französischen Kollegen zuvorkommen könnten. Die medizinische Fakultät hat im letzten Jahre 374 Doktor-Diplome verteilt, wovon 43 an Fremde. Die Rechtswissenschaft zählt 168 ausländische Schüler, die philologische 76, die theologische (protestantische) 15, die wissenschaftliche 70. Für die Medizin nehmen die Russen, Nordamerikaner, Engländer, Rumänen, Türken und Griechen den ersten Rang ein, für die Jurisprudenz haben die Donaufürstenthümer, die Türken, Aegypten und Canada die meisten Schüler geschickt. Unter den Zuhörern der naturwissenschaftlichen Fakultät sind die Engländer, Russen und Griechen, unter denen der philosophischen die Deutschen und Schweizer vorherrschend. — Die weibliche Bevölkerung der Universität war seit dem Vorjahre von 152 auf 252 Damen gestiegen. Man glaubt irrthümlich, daß sie ausschließlich aus Fremden bestehe. Die medizinische Fakultät zählt allerdings 103 Russinnen, aber auch 18 Französinen, 6 Engländerinnen u. s. w. Es fehlt sogar nicht an zwei Türkinen. In der philologischen Abtheilung sind die Französinen ganz überwiegend; 82 gegen 15 Fremde, in der naturwissenschaftlichen kommen auf 15 Fremde fünf Französinen. Drei Russinnen haben im vorigen Jahre das Doktor-Diplom erworben.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 22. Febr. Nach Mittheilungen der „Frkf. Ztg.“, welche derselben von authentischer Seite zugegangen sind, ergaben die Steuererklärungen in der Stadt Frankfurt 4 500 000 M. gegen 2 500 000 M. der früheren Veranlagung; das Plus beträgt daher 80 Prozent.

Straßburg i. G., 22. Febr. Der Bezirkspräsident des Oberelsaß hat die Ausweisung des schweizerischen Staatsangehörigen Max Dollfus, Sohnes des Großindustriellen August Dollfus in Mühlhausen, verfügt. M. Dollfus, der im Jahre 1864 geboren ist, wanderte kurz vor Eintritt in das militärpflichtige Alter aus und kehrte kürzlich in die Reichslande zurück, ohne der Polizei seine Ausweis-papiere vorzulegen.

München, 22. Febr. (Kammer der Abgeordneten.) Die Kammer verließ heute den Etat der Eölle und indirekten Steuern. Der Ertrag des Walaufschlages wurde gegenüber dem Budget-Entwurf um 700 000 M. erhöht und mit 36 Mill. M. bewilligt. Bezüglich der in Italien erbobenen inneren Biersteuer erklärte der Finanzminister eine politische Beeinflussung für unangängig. Ferner hob der Minister hervor, die bayerische Regierung sei wie bisher weiter bemüht, die Interessen der bayerischen Interessenten gegenüber dem Import von russischem Hopfen durch einen entsprechenden Zoll wahrzunehmen.

Wien, 22. Febr. Gegen 500 beschäftigungslose Arbeiter stellten heute in Hernals eine Protestversammlung gegen jede Verzögerung in der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen ab. Nach Schluß der Versammlung setzte sich die Menge nach dem Rathhause in Bewegung. Die Polizei trat dem Zuge bei der Hernals-Brücke entgegen und trennte denselben unter Vornahme mehrerer Verhaftungen; ein Theil des Zuges schlug Umwege ein und entsendete eine Deputation nach dem Rathhause. Hier waren inzwischen die Gitter geschlossen worden und wurden die Mitglieder der Deputation verhaftet. Ernsthafte Ausschreitungen sind bisher nicht vorgekommen.

Wien, 22. Febr. Beide Häuser des Reichstags hielten heute Sitzungen ab, in welchen unter lebhaften Ejensrufen die Thronrede verlesen wurde.

Petersburg, 22. Febr. Neuere Mittheilungen bestreiten, daß eine sofortige Aufhebung des Ausfuhrverbots auf Hafer aus den baltischen Häfen bevorstehe.

Petersburg, 22. Febr. Laut Meldung aus Kasan hat das dortige Militärgericht den Kleinbürger Kotschurichin wegen des gegen den Gouverneur von Kasan begangenen Attentats standrechtlich zum Tode durch den Strang und den Ehrenbürger Archangelsky, welcher die Absicht Kotschurichins kannte, aber nicht zur Anzeige brachte, zu 15jähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Vom Militärgericht wurde jedoch beschlossen, eine Milde rung der Strafen nachzusuchen.

Paris, 22. Februar. Präsident Carnot empfing heute eine Anzahl Senatoren und Deputirte, welche der Presse angehören, und hörte deren Ansicht über die Bildung eines neuen Kabinetts.

Lissabon, 22. Febr. Die Verhaftung des früheren Ministers Mendoza Cortez ist mit Unterschlagungen von Wertpapieren des Banco Lusitano begründet worden. Wahrscheinlich dürfte der Verhaftete ins Militärgefängnis überführt werden.

London, 22. Febr. [Unterhaus.] Der Präsident des Amtes für Ackerbau Chaplin beantragte die erste Lesung der Vorlage zur Erleichterung des Erwerbes kleiner Pachtgüter. Durch die Vorlage werden die Grasschaftsräthe zum Ankauf von Grund und Boden ermächtigt und können denselben in Parzellen bis zu 50 Acres verkaufen und in Parzellen bis zu 10 Acres verpachten. Die Käufer müssen das Gut selbst kultiviren und dürfen dasselbe nicht in Pacht miethen verpachten. Die Grasschaftsräthe dürfen drei Viertel des Kaufschillinges vorschießen, der Käufer muß ein Viertel anzahlen, ein Viertel kann als perpetueller Pachtzins verbleiben; der Rest ist innerhalb 50 Jahren in Raten zurückzuzahlen.

Bukarest, 22. Febr. Bei den gestrigen Stichwahlen für die Kammer wurden 11 Konservative und 7 Oppositionelle gewählt. Insgesamt sind 151 Konservative und 32 Oppositionelle aller Schattirungen gewählt.

Belgrad, 22. Febr. Der Budgetauschuß der Skupschtina hat für die diesjährigen Manöver nur 100 000 Francs bewilligt.

Belgrad, 21. Febr. Der gestrige Ministerrath beschäftigte sich, wie verlautet, mit den Mittheilungen der Vorlagen betreffend die Verzichtleistung Milan's an die Skupschtina,

sowie mit den verschiedenen hierauf bezüglichen, im radikalen Klub geäußerten Bedenken.

In der Skupschtina fragte Masic an, warum der Präsident der Skupschtina Katic sich, obwohl er gesund sei, von den Berathungen fernhalte. Der Vizepräsident erwiderte, Katic habe sich schriftlich krank gemeldet.

Belgrad, 22. Febr. Der Delegirte bei den Handelsvertragsverhandlungen in Wien, Monopoldirektor Dr. Pacu, wurde nach Belgrad berufen, um das Finanz-Portefeuille zu übernehmen. Derselbe trifft morgen hier ein. An seine Stelle wird wahrscheinlich der Sektionschef im Handelsministerium, Popovic, nach Wien entsendet werden.

Sofia, 22. Febr. Der Prozeß gegen die Frauen Karaweloff, Droschakoff und Georgew hat heute begonnen. Die Anklageschrift führt aus, das bekannte Memoire in der Belschew-Affaire an die Vertreter der Mächte in Sofia habe bezweckt, eine fremde Einnischung in die inneren Angelegenheiten Bulgariens herbeizuführen und verweist auf die abfälligen Urtheile der französischen Presse aus Anlaß der Veröffentlichung. Frau Karaweloff ist geständig. Die Zeugenansagen sind von keinem Belang. Nach dem Plaidoyer des Procurators erinnerte der Bertheidiger Stoiloff an zahlreiche Analogien in der bulgarischen Geschichte der letzten Jahre. Die Angeklagte habe nicht bezweckt, eine fremde Einnischung herbeizuführen, sondern nur eine Abkürzung des Gerichtsverfahrens gegen ihren verhafteten Gatten. — Die Verhandlung wurde sodann unterbrochen.

Gnesen, 23. Febr. [Priv.-Tel. d. „Poj. Ztg.“] Der Knecht Stachowiat aus Witowo bei Witowo, welcher wegen Ermordung der Dienstmagd Gurmat vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt wurde, ist heute früh 7 $\frac{1}{2}$ Uhr durch Reindel hingerichtet worden.

Paris, 23. Febr. Der Abendzug von Paris nach Donau stieß bei Saint-Denis mit einem Rangirzug zusammen. Ein Maschinenführer ist getödtet, dreizehn Personen sind verwundet, darunter drei schwer.

Athen, 23. Febr. Die Kammer verwarf heute mit überwältigender Majorität die Anklage gegen das frühere Kabinet Trikupis, nachdem Delhannis erklärt hatte, politische und nationale Erwägungen erforderten die Freisprechung. Das Kammerpalais war von einer großen Volksmenge umgeben, militärische Maßnahmen waren getroffen, die beiden angeklagten Minister waren in der Sitzung abwesend.

Sofia, 23. Febr. Die Frauen Karaweloff, Groschakoff, Georgew sind von der Anklage, durch das Memorandum in der Belschew-Affaire an die Vertreter der Mächte eine Einnischung Fremder in die inneren Angelegenheiten Bulgariens bezweckt zu haben, freigesprochen.

Angekommene Fremde.

Wien, 23. Februar.

Mylius Hotel de Dresda (Fritz Bremer). Rittmeister Graf zu Stolberg-Bernigerode u. Vize-Frhr. v. Malzbahn a. Gnesen, die Rittergutsbesitzer, Lieut. Frhr. v. Gersdorf a. Parsko, v. Bernuth mit Familie a. Borowo, v. Kaldreuth mit Frau a. Kurzig, Frau v. Delhaes mit Tochter a. Schloß Borowo, Baron v. Langemann-Erlenkamp mit Familie a. Lubin, Wendorf mit Tochter a. Bdzieschowo, Baroness v. Wechmar a. Bdzieschowo, Hauptm. v. Urub a. Kl. Münche, Rogalla v. Bieberstein a. Ziolkowo, v. Keitich mit Frau a. Slomczyce u. Lude a. Patershausen, Ober-Bürgermeister Traefside mit Frau a. Bromberg, Landcath u. Reichstags-Abgeordn. v. Hellmann a. Wissa, die Landräthe Hoffmann a. Kösten, Behnauer mit Frau a. Neutomischel, Dr. v. Willich a. Birnbaum, Daum a. Gräß, Burchard a. Schrimm u. Schmelter a. Schroda, Sanitätsrath Jakob a. Bromberg, Fabrikant Brud a. Hamburg, die Kaufleute Keimes u. Kahn a. Aachen.

Hotel de Rome. — K. Westphal & Co. Die Kaufleute Raberitz, Kraft, Stuttrich u. Jacobien a. Berlin, Herzig, Fränkel u. Friedländer a. Breslau, Krause a. Warschau, Wolf u. Ballau a. Schwelm, Schneider a. Nürnberg, Gentje a. Fahr a. Rhein, Kerls a. Bremen, Schmidt a. Düren, Martin a. Plauen i. V., Bezold a. Kottbus, Goldberg u. Scheu a. Krefeld, Meyer a. Neuz a. Rhein, die Rittergutsbesitzer v. Storzewski a. Gollmitz, Stegemann a. Schlesien, Lehmann u. Frau a. Nitsche, Postinspektor Frau Brel a. Berlin, Domänenpächter Presting a. Kaiserswalde, die Landräthe Blomeyer a. Pleschen, v. Ritzing a. Obornik, Wolf a. Mogilno, Apothekenbesitzerin Frau Reinhard und Rechtsanwältin Frau Böh a. Birnbaum, Hauptmann Jablonski u. Major Schwerdtfeger a. Schrimm.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Zahmeißl-Alpir. B. Kenig aus Schrimm, Landchafts-Rath Gramabei a. Saagen, die Kaufleute Gust. Seelig u. Schindl a. Berlin, Meyer a. Znowrazlaw, Stations-Alpirant Scheffler a. Ratel, Mauermeister W. Voigt a. Görlitz, Sattlermeister Louis Bruder nebst Frau a. Schneidemühl.

Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Zweig u. Weil a. Breslau, Land a. Wongrowitz, Horwitz a. Thorn, Schlimmer a. Oberzysk, Freudlich a. Bertow, Seidel u. Ritzmann a. Wilczyn, Klotz a. Konin.

Theodor Janns Hotel garni. Referendar Breslauer a. Strelno, Kommiss. Litkewicz a. Thorn, Landwirth Mehring a. Kunowo, Fabrikant Dietrich a. Eberswalde, die Kaufleute Demmer a. Jerslohn, Brieger a. Berlin.

Handel und Verkehr.

**** Köln, 22. Febr.** Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge hat das westfälische Cofsyndikat in den letzten Tagen bedeutende Quantitäten Hochfencocfs nach Luxemburg, Vohbringen und Frankreich bis zum Ende des Jahres 1892 verkauft und hierdurch einen bedeutenden Vorsprung vor der belgischen und französischen Konkurrenz gewonnen.

Marktberichte.

**** Berlin, 20. Febr.** [Butter-Bericht von Gust. Schulze und Sohn in Berlin.] Obwohl der eigentliche hiesige Konsum immer noch schwach war, können doch über ein lebhaftes Geschäft berichten, da Hamburger Käufer fast alle Einnlieferungen von seiner Hofbutter aus dem Markt nahmen und sind die Käger so gut wie geräumt. Preise für Hofbutter konnten dem-

zufolge 2 Mk. per 50 Kilo anziehen. Landbutter fand mehr Beachtung und sind die Zufuhren kleiner als bisher, wenn heute hier für Preise teilweise noch unverändert blieben, so scheint die Annahme einer baldigen Preissteigerung für alle Qualitäten doch be rechtigt. — Amtliche Notirungen der von der ständigen Deputation gewählten Notirungs-Kommission. Im Großhandel franko Berlin an Produzenten bezahlte Abrechnungspreise. Butter. Hof- und Genossenschafts-Butter Ia. per 50 Kilo 117—120 Mk., Ma. 112—116 Mk., Ma. 108—111 Mk., abfallende 102—105 Mk., Landbutter: Preußische 90—93 Mk., Neuhäuser 88—93 Mk., Pommerische 90—93 Mk., Polnische 80—90 Mk., Schleßische 90—95 Mk., Margarine 40—70 Mk. Tendenz: Bessere Nachfrage befestigte die Preise.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
22. Nachm. 2	756,5	D mäßig	trübe	+ 7,0
22. Abends 9	756,7	D frisch	heiter	+ 2,5
23. Morgs. 7	758,7	D mäßig	bedeckt	+ 1,8
Am 22. Febr.	Wärme-Maximum +		7,0° Cels.	
Am 22. "	Wärme-Minimum +		1,1° "	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 22. Febr. Morgens 2,84 Meter.
" " " " Mittags 2,84
" " " " Morgens 2,84

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 22. Febr. Abwartend. Neue Aproz. Reichsanleihe 84,00, 3 $\frac{1}{2}$ proz. V.-Pfandbr. 96,90, Rentol. Türken 18,30, Türk. Loose 77,00, Aproz. ung. Goldrente 92,75, Bresl. Diskontobank 93,25, Breslauer Wechselbank 94,25, Kreditaktien 171,10, Schles. Bankverein 109,00, Domersmarchütte 77,50, Blöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122,00, Oberelb. Eisenbahn 54,25, Oberelb. Portland-Zement 96,75, Schles. Cement 133,00, Oppeln. Zement 104,00, Schles. Dampf. C. —, Krampa 116,75, Schles. Zinkaktien 185,75, Laurabütte 104,25, Verein. Delfabr. 88,75, Oesterreich. Banknoten 173,00, Russ. Banknoten 202,50, Giesel Cement 104,00.

Frankfurt a. M., 22. Febr. (Schlußkurse.) Fest. Lond. Wechsel 20,41, Aproz. Reichsanleihe 106,80, österr. Silberrente 81,30, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Papierrente 81,90, do. Aproz. Goldrente 95,70, 1860er Loose 124,20, Aproz. ungar. Goldrente 92,70, Italtener 89,50, 1880er Russen 92,10, 3. Orientanl. 63,40, unifiz. Ägypter 95,50, konv. Türken 18,10, Aproz. türk. Anl. 82,50, 3proz. port. Anl. 28,70, 5proz. serb. Rente 76,10, 5proz. amort. Rumänier 97,00, 6proz. toniol Mexik. 78,70, Böhm. Westb. 303 $\frac{3}{8}$, Böhm. Nordbahn 157, Franzosen 247 $\frac{1}{8}$, Baltzer 182, Gotthardbahn 136,40, Lombarden 77 $\frac{1}{8}$, Lübeck-Büchen 147,00, Nordwestbahn 179, Kreditaktien 265, Darmstädter 124,50, Mittelb. Kredit 97,00, Reichsb. 145,20, Disk. Kommandit 180,40, Dresdner Bank 133,00, Pariser Wechsel 80,966, Wiener Wechsel 172,37, serbische Tabaksrente 78,00, Bochum. Gußstahl 111,00, Dortmund. Union 57,50, Harpener Bergwerk 138,00, Sibirien 124,00, Aproz. Spanier 61,30, Mainz. 112,00. Privatdiskont 2 $\frac{1}{4}$ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265 $\frac{1}{4}$, Disk. Kommandit 180,90, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden Darmstädter —.

Wien, 22. Febr. Auf ungarische Thronrede fest, beide Kreditaktien und Renten lebhafter, Schluß refervirt, Montanwerth- und Bahnen schwach.

Österr. 4 $\frac{1}{2}$ proz. Papier. 94,90, do. 5proz. 102,80, do. Silber. 94,45, do. Goldrente 111,20, Aproz. ung. Goldrente 107,90, 5proz. do. Papier. 102,35, Vänderbank 204,30, österr. Kreditakt. 308,87 $\frac{1}{2}$, ungar. Kreditaktien 340,75, Wien. Bk.-B. 112,25, Elbethalbahn 226,00, Baltzer 212,00, Lemberg-Ozernowitz 246,75, Lombarden 86,50, Nordwestbahn 209,25, Tabaksaktien 162,00, Napoleons 9,38 $\frac{1}{2}$, Marktnoten 57,97 $\frac{1}{8}$, Russ. Banknoten 1,16 $\frac{1}{2}$, Silbercoupons 100,00, Bulgari sche Anleihe 101,00.

Paris, 22. Febr. Trotz fortdauernder Kabinettskrise besteht für Rente großer Komptantbegehrt und starkes Prämieninteresse. Kurs 25 Cents höher, darauf allgemein befestigt. Italiener bleiben schwach, Türken behauptet, Loose schwächer, Russen, Portugiesen schließlich besser; hiesige Renten erholt.

3proz. amortisirte Rente 96,85, 3proz. Rente 95,02 $\frac{1}{2}$, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Anl. 105,00, Italtien. 5proz. Rente 88,92 $\frac{1}{2}$, österr. Goldr. 96 $\frac{1}{2}$, 4 $\frac{1}{2}$ ungar. Goldr. 92,43, 3. Orient-Anl. 64,50, Aproz. Russen 1889 92,90, Ägypter 479,68, konv. Türken 18,72 $\frac{1}{2}$, Türkenloose 73,60, Lombarden 210,00, do. Prioritäten 305,00, Banque d'Oran 534,30, Panama 5proz. Obligat. 20,00, Rio Tinto 423,75, Tab. Ottom. 357,00, Neue Aproz. Rente 95,00, Aproz. Portugiesen 28 $\frac{3}{8}$, Neue 3proz. Russen 75 $\frac{3}{8}$.

London, 22. Febr. (Schlußkurse.) Ruhig. Engl. 2 $\frac{1}{2}$ proz. Consols 95 $\frac{15}{16}$, Preuß. 4proz. Consols 105, Italtien. 5proz. Rente 88 $\frac{1}{2}$, Lombarden 8 $\frac{3}{8}$, 4proz. 1889 Russen II. Serie) 93, konv. Türken 18 $\frac{1}{2}$, österr. Silber 79, österr. Goldrente 95, 4proz. ungar. Goldrente 91 $\frac{1}{2}$, Ägypter. Spanier 61 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{1}{2}$ proz. Ägypter 88 $\frac{1}{2}$, 4proz. unifiz. Ägypter 95, 4proz. Ägypter —, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Tribut-Anl. 92 $\frac{1}{2}$, 6proz. Mexik. 80 $\frac{1}{2}$, Ottomanbank 11 $\frac{1}{2}$, Suezaktien —, Canada Pacific 91 $\frac{1}{2}$, De Beers neue 14 $\frac{1}{8}$, Blazdiskont 2 $\frac{1}{8}$.

Rio Tinto 16 $\frac{1}{2}$, 4proz. Rupees 69 $\frac{1}{2}$, 5proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 61 $\frac{1}{2}$, Argentin. 4 $\frac{1}{2}$ proz. äußere Goldanleihe 29 $\frac{1}{2}$, Neue 3proz. Reichsanleihe 84, Silber 41 $\frac{1}{8}$.

Petersburg, 22. Febr. Wechsel auf London 100,75, Russ. II. Orientanleihe 101 $\frac{1}{2}$, do. III. Orientanleihe 102 $\frac{1}{2}$, do. Bank für auswärtigen Handel 265, Petersburger Diskontobank 545, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 456, Russ. 4 $\frac{1}{2}$ proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 151, Große Russ. Eisenbahn 255, Russ. Südwestbahn-Aktien 114 $\frac{1}{2}$, Privatdiskont —.

Rio de Janeiro, 20. Febr. Wechsel auf London 11 $\frac{1}{2}$.

Buenos-Ayres, 20. Febr. Goldagio 243.

Produkten-Kurse.

Köln, 22. Febr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, p. März 21,80, p. Mai 21,80. Roggen gleitiger loco 23,00, fremder loco 24,75, p. März 22,85, per Mai 22,85. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Kübel loco 60,00, p. Mai 56,70, p. Oktober 55,70. — Wetter: Schön.

Bremen, 22. Febr. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5proz. Nordb. Wellkammer- und Rammgarn-Spinnerie-Aktien — Br., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 91 $\frac{1}{2}$, bez.)

Bremen, 22. Febr. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleum-Börse.) Fasszollfrei. Still. Veto 6,55 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl., loco 36 Pf., Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Febr. 35 $\frac{1}{2}$ Pf., März 35 $\frac{1}{2}$ Pf., April 36 Pf., Mai 36 $\frac{1}{4}$ Pf., Juni 36 $\frac{1}{4}$ Pf., Juli 37 Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox — Pf., Armour 35 $\frac{1}{2}$ Pf., Rose — Pf., Fairbanks 31 $\frac{1}{2}$ Pf.

